

Bund will Abriss von Bunkern drosseln

Experten fordern bei einem Symposium an der Universität Trier ein Abriss-Moratorium

Von unserem Mitarbeiter
Walter Schmidt

Ein Aussetzen der Abrissarbeiten an Westwall-Bunkern haben Denkmalschützer, Geographen, Ökologen und Betreiber von Bunker-Museen von Bundesfinanzminister Hans Eichel (SPD) gefordert. Während einer zunächst fünf Jahre währenden Denkpause soll über die Nutzung der ganz oder als Ruinen erhaltenen Bunker entlang der deutschen Westgrenze zwischen Kleve und Basel beraten werden. Die Forderung nach einem Moratorium erhoben die Fachleute auf der „Fortis 2005“, einem Symposium an der Universität Trier, das sich mit dem heiklen Erbe von Hitlers ehemaligem „Bollwerk im Westen“ beschäftigt hat.

Nach einem Urteil des Bundesgerichtshofes von 1956 ist die Bundesrepublik als Rechtsnachfolgerin des Dritten Reiches Eigentümerin der Bunker, nicht jedoch der vom Hitler-Regime in vielen Fällen entschädigungslos beschlagnahmten Grundstücke. Tausende Bunker sind kurz nach dem Krieg von den Alliierten gesprengt worden. Die meisten Betonkolosse befinden sich jedoch fern von Siedlungen schwer zugänglich auf Feldern oder in

Wäldern. Dennoch steht sich die Bonner Bundesanstalt für Immobilienaufgaben (BImA), die als Unterbehörde des Bundesfinanzministeriums die Liegenschaften des Bundes verwaltet, in der Pflicht, von den Bunkern ausgehende „Gefahren“ abzuwehren. Aus diesem Grund werden Jahr für Jahr mehrere dutzend Bunker zertrümmert und mit Erdreich bedeckt.

Das Zerstörungswerk ist Denkmalschützern, Touristikern, Historikern und Naturschützern wie dem Umweltverband BUND ein Dorn im Auge. In vielen Bunkern haben sich nicht nur etliche und zum Teil geschützte Tiere wie Dachse, Fledermäuse, Wildkatzen, Insekten und Amphibien eingerichtet, sie dienen auch seltenen Pflanzen als Lebensraum. Die Land- und Forstwirte, auf deren Grundstücken die Bunker liegen, sind ebenfalls nicht gerade froh darüber, dass die BImA zwar den Beton zerkleinern, nicht jedoch die Trümmer wegräumen lässt. Falls ein Bauer später ein Grundstück als Bauland verkaufen möchte, müsste er zunächst Massen an Schutt wegarren lassen, „die in Größenordnungen zwischen 100 und 2000 Kubikmetern anfallen können“, beklagt der frühere Denkmalpfleger Manfred Groß. Der BUND

lässt deshalb überprüfen, ob die Praxis, den Schutt vor Ort zu belassen, gegen das Kreislaufwirtschafts- und das Bundesbodenschutzgesetz verstößt. Würde die BImA verpflichtet, die Trümmer auf eine Bauschutt- oder Sondermüll-Deponie transportieren zu lassen, dürfte dies das Treiben der Abrissbagger beenden, hofft Sebastian Schöne, Leiter des BUND-Projektes „Grüner Wall im Westen“.

Nach Angaben des Bundesfinanzministeriums ist etwa die Hälfte der ehemals vorhandenen Bunker inzwischen „nachhaltig gesichert“, also zerstört worden; ein weiteres Drittel wurde „vorläufig gesichert“, etwa durch Zäune. Dafür wurden 35 Millionen Euro aufgewandt. Der Bund habe „nicht die Absicht, die Bunker alle zu beseitigen“, sagt Karl Diller (SPD). „Unsere Aufgabe ist lediglich die Beseitigung der Gefahren“, fügt der parlamentarische Finanz-Staatssekretär hinzu. Diese seien teilweise „erheblich“ - eine Aussage, der Bunkerschützer entgegenhalten, von ernstere Unfällen sei nichts bekannt geworden. Diller warnt vor Absturzstellen sowie vor Armierung-Eisen, die „regelrechte Fußangeln“ darstellten - allerdings oft auch noch nach dem Zertrümmern.

Nach Dillers Worten ist sich das Bundesfinanzministerium sehr wohl bewusst, dass sich der Protest gegen den Abriss der Westwall-Relikte immer stärker formiert. Die Bundesregierung sei willens, die verschiedenen Interessen „auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen“. Mancherorts sei der Bund bereit, Schutzzäune zu erneuern und Bunker so zu erhalten. „Eine vollständige Beseitigung von Bunkeranlagen erfolgt nur noch nach Zustimmung durch die Landesbehörden“, sagt Diller. Denkmalschützer kritisieren jedoch, dass die Abrissfirmen sich längst nicht immer an Kompromissvereinbarungen halten und die Bunkerreste gründlicher beseitigen als vereinbart.

Ein Hoffnungsschimmer für die Koalition der Bunkerfreunde ist die Bereitschaft des Bundes, auf Sicherheitsmaßnahmen zu verzichten und 70 Prozent der so eingesparten Mittel an den auszahlenden, der den Bunker übernimmt. Und Diller hat die Teilnehmer des Trierer Westwall-Symposiums aufgefordert, ihm Hinweise zukommen zu lassen, wenn Bauwerke ohne sachlichen Grund zerstört werden, denn: „Wir wollen nicht gerne unnötig Geld ausgeben.“ Mit Blick auf die Abriss-Praxis dürfte Diller etliche Hinweise bekommen.